

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinziales Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Roganski, Halle, für den übrigen Inhalt Richard Illge, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königsstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postämtern vierteljährlich 2.70 M. ohne Beleggeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigerpreis 25 Pf. Die 7gep. Kolonelleiste 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Restamtlich 70 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspostamt Seite 411.

Nr. 148.

Halle, Montag den 1. Juli 1918.

2. Jahrgang.

## Aufarbeiten im Reichstag.

Am 2. Juni den nächsten beiden Wochen muß der Reichstag sein Sommerparlament aufarbeiten, doch steht noch nicht fest, was er wirklich fertig bringt und was er für den nächsten Tagungsabschnitt liegen läßt.

Die Arbeit ist bis auf die dritte Lesung fertig, die am Mittwoch beginnt. Seine Verabschiedung hat sich so lange hinausgezögert, daß noch einmal ein neuer Notetext bewilligt werden mußte, weil der erste die nötigen Gelder nur bis 1. Juli bewilligte.

In engstem Zusammenhang mit dem Etat stehen die neuen Steuern. Die Zusammenfassung des neuen riesigen Steuerordnens steht nunmehr fest; es sind höchstens noch ganz ungeradeordnete Kleinigkeiten zweifelhaft. Die Regierung fordert bekanntlich 3 Milliarden Mark neue Steuern, abgesehen von einer neuen Kriegsgewinnsteuer auf Erwerbsgesellschaften lauter Abgaben von Verbrauch und Verkehr. Bei dem ungewissen Gelddarf des Reiches und der Bewilligungsfähigkeit der bürgerlichen Parteien war an eine Ablehnung wesentlicher Regierungsvorschläge von vornherein nicht zu denken. Klugerweise konzentrierte infolgedessen die Fraktion ihre Anstrengungen darauf, das Steuerprogramm der Regierung durch fräufige Abgaben der Wohlhabenden zu ergänzen. So wurden der Regierung über ihre Forderung hinaus weitere 1200 Millionen Mark Steuern als Abgabe vom Kriegsergebnis und Kriegsgewinn vom Vermögen bewilligt. Die Vermögenssteuer beginnt mit einem Steuerfuß von 1000 bis zum Lande bis zum Vermögen über 20 Millionen Mark. Die Verbrauchssteuer wird in der Höhe herabgesetzt, daß ein Durchschnittsvermögen von 10 000 Mark ausgangs steigt und 3000 Mark Einkommensausgang freigegeben werden. Einkommen unter 18 000 Mark kommen bestfalls für diese Steuer überhaupt nicht in Frage. Im übrigen wird der Unterschied zwischen Friedens- und Kriegseinkommen bewertet, und zwar, wenn das Einkommen 10 000 Mark beträgt mit 5 Prozent steigend bis zu 50 Prozent, wenn das Einkommen 200 000 Mark übersteigt. Eine Kriegseinkommensteuer, die alle Jahresverdienste bis zu 13 000 Mark gänzlich freiläßt und die besondere Abgabe der Kriegsgewinnsteuer allein mit dieser Steuer, abgesehen vom Kriegsgewinnsteuer und staatlichen und kommunalen Abgaben, bis zur Hälfte ihres Mehreinkommens bedingt, kann sich immerhin sehen lassen. Die Durchsetzung dieses Projekts, gegen das sich nicht nur die Kapitalisten, sondern auch die deutschen Einzelstaaten aus parteiischen Gründen heftig sträubten, ist ein schöner Erfolg der Sozialdemokratie.

Auch die drei Milliarden neuer indirekter Steuern kann man nicht ohne weiteres hinsichtlich der Belastung der breiten Massen bezeichnen. Es sind Abgaben dabei wie die Zehntausendsteuer — 20 Prozent Zuschlag zu Zinsen und

vergleichen — und die kräftig erhöhte Vorrentenabgabe, welche das Volk nicht unmittelbar berühren. Anders steht es natürlich mit der erhöhten Umsatzsteuer, der neuen Fortverkehrssteuer und den umfangreichen Verbrauchssteuern. Die Sozialdemokratie wird für diese Steuern nicht stimmen, aber ein energischer Kampf wird darum auch nicht entföhren. Denn das stand ja bei den gegenwärtigen Nachverhältnissen von vornherein fest, daß die Deckung des neuen Kriegsergebnisses allein durch Verbrauchssteuern nicht durchzuführen war. Mit dem Braunkohlenmonopol wird nun das erste der neuen Reichsmonopole beschlossen, dem sich später noch zwei weitere anschließen werden.

Kußer Etat und Steuern harren vor allem noch zwei wertvolle Reformen ihrer Erledigung, die Reueinteilung der Reichstagswahlkreise und das Arbeitskammergesetz. Den Entwurf über die Wahlkreise hat der Reichstag wesentlich verbessert. Er führt für die großstädtischen Wahlkreise Verhältniswahl ein und vermehrt die Anzahl ihrer Abgeordneten. Der Reichstag hat durchgesetzt, daß bei fortwährendem Bevölkerungszuwachs automatisch in diesen Bezirken eine weitere Verneuerung der Mandatszahl eintritt und auch das technische Wahlverfahren verbessert. Die Vorlage ist für Verabschiedung bereit; ihr Zustandekommen ist gewiß, gleichwohl, ob die Schlussberatung jetzt oder im Herbst erfolgt.

Seitig untrüben ist hingegen das Arbeitskammergesetz. Die freien Gewerkschaften forderten bekanntlich grundsätzlich keine Arbeiterkammern. Da dies nicht durchzuführen war, fanden sie sich mit Arbeiterkammern, partiell zusammengefaßt aus Arbeitern und Unternehmervertretern unter der Bedingung ab, daß diese letztere über das ganze Reich hin eingesiedelt würden. Die Regierung aber wollte nur Arbeiterkammern für die einzelnen Berufe aufstellen. Schließlich ist ein Kompromiß zustande gekommen, das sowohl höchsten wie uralten Aufbau zuläßt und neben gemeinsamen Sitzungen auch besondere Zusammenkünfte der Arbeitervertreter vorsieht. Auch die Landarbeiter sollen besondere Fachkammern erhalten, ebensowohl Eisenbahner und Seefahrer.

Gegen dieses Kompromiß lauten die Unternehmer während Sturm: die ganze Industrie sei dagegen. Darum kommt außerordentlich wenig an. Arbeiterkammern sind in erster Reihe für die Arbeiter da, und so wenig die den Unternehmern Vorschriften über Aufbau und Tätigkeit der Sonderkammern machen, so wenig sollten die Zustustellen darauf bestehen dürfen, beim Arbeitskammergesetz ihren Willen durchzusetzen. Soffentlich bleibt der Reichstag fest; eine weitere Verschlechterung des Arbeitskammergesetzes machte es für die Arbeitervertreter unannehmbar. Die Verabschiedung der Vorlage dürfte bis zum Herbst aufgeschoben werden, aber der Reichstag sollte noch jetzt wenigstens die erste Konsumfiskalberatung abschließen.

tragen sollen, ob trotz andererseits der Wille, den Krieg nicht durch einen entehrenden Frieden zu beendigen, in noch längerer Erörterung. Der herrschende Wille dürfte den Sieg seines Landes als unerläßliche Voraussetzung jeglicher Besserung setzen, ohne daß der erwartende Schwere Prantling seinen Anschlag aus der Internationale verlangte. Gegen die deutschen Sozialdemokraten ist Prantling unendlich viel strenger.

Wir deutschen Sozialdemokraten denken international genug, um den Wunsch der Engländer nach dem Sieg ihres Landes begreifen zu können, fragen uns aber, was das Ende zu finden sein soll, wenn jede Partei am Schluß des vierten Kriegsjahres nach dem eigenen vollständigen Sieg ruft, was sie nach den bisherigen Ergebnissen noch so weit von ihm entfernt sein. England und seine Verbündeten haben vier Jahre lang Zeit gehabt zu liegen, und es ist entsetzlich unredlich, daß die Welt das Mißgeschick ihrer Führer durch weiteres unabschließbares Kriegesleben entgegen soll.

Auf alle Fälle zeigt der englische Arbeiterkongress, daß die Hoffnung auf einen inneren Zusammenbruch Deutschlands, ähnlich dem Russischen, keine Aussicht hat, sich in naher Zeit zu verwirklichen. Wenn man drüben auf inneren inneren Zusammenbruch wartet und haben auf den der andern, kann der Krieg noch sehr lange dauern.

Ganz besondere Beachtung verdient das Fortwirken der Konferenz, das von den Anhängern der Kriegsförderung mit unternehmender Regiertheit in Szene gesetzt wurde. Das ständige Fortwähren des Krieges erweist im Spiegel jeder künftigen Verarmung als stehendes Bild. Hier zeigt sich, in welchem Maße der von der Sozialdemokratie bekämpfte Frieden von Versailles geeignet war, die Hoffnung der Gegner auf die schließliche Reduzierung Deutschlands zu füttern und Kriegserwartung zu wirken. Die andere Seite der Medaille ist, wenn wir mit Rücksicht auf einen Frieden geschlossen hätten, der dauernd geistige Ruhe in Oien gebracht hätte! (Borodinski.)

## Der Schluß der Tagung.

Am 29. Juni. Der Rotterdamer Garant meldet aus London: Der Arbeiterkongress nahm in seiner Schlußsitzung eine Entschließung an, in der die Aufhebung des Oberbaues gefordert wird. Der Abgeordnete C. Grady verlangte in einer Entschließung die sofortige Einführung von Kommerz für die Regelung dieser schwierigen Frage zu überlassen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Abgelehnt wurde ein von anderer Seite eingebrachter Zusatzantrag, daß die britische Regierung sich zur Einführung in die Regelung der Angelegenheiten in Irland enthalten solle.

Weiter nahm die Konferenz die Wahlen für das neue Exekutivkomitee nach den neuen Statuten vor. Gemählt wurden 24 Mitglieder, fast immer 18. Die großen Parteigrößen sind in dem neuen Vorstand vertreten, aber die neu hinzugekommenen Parteiführer sind hauptsächlich Sozialisten mit pazifistischen Tendenzen. Bemerkenswert ist, daß Clines die meisten Stimmen bekam, nämlich über zwei Millionen, etwa 400 000 Stimmen mehr als die anderen Kandidaten. Der neue Vorsitzende, James W. G. ist Anhänger der Kriegspolitik bis zum Ende. Am ganzen bedeutet aber das Wahlergebnis wieder eine Stärkung des pazifistischen Elementes. Aus den einstimmigen Resolutionsbeschlüssen kann man sich kein lautes Bild machen, doch tatsächlich verhandelt worden ist. Zusammen darf man aber schon vor dem Eintreffen der ausführlichen Verhandlungsberichte sagen, daß die gegen die Regierung gerichtete Bewegung an Boden gewonnen hat.

Die Times dagegen weisen in ihrer Uebersicht über die Konferenz darauf hin, daß die pazifistische Abteilung trotz ihrer Aktion noch immer stark in der Minderheit sei, die Gesamtzahl der Mitglieder der Unabhängigen Arbeiterpartei überstieg die 40 000 nicht, während die Arbeiterpartei 2 1/2 Million Mitglieder zählt.

## Die Abfertigung Prantlings.

Stockholm, 28. Juni. Gegen Prantlings Behauptungen in London protestieren heute auch die liberale Zeitung „Stockholms Tidning“, indem sie schreibt: Man muß natürlich eine sehr eigenartige Meinung vom Inhalt des Begriffs Neutralität haben, um zu finden, daß Prantlings Erklärungen damit übereinstimmen. Die Zeitung wendet sich besonders gegen Prantlings Behauptung, daß die Entente unerbittlich in Schweden immer mehr wachse und bemerkt im Anschluß hieran: Prantlings Worte umherzufliegen können werden, so werden doch sicherlich für unser Land das größte Unheil bedeuten. Der überwiegende Teil des schwedischen Volkes weigert sich unbedingte, sich für die eine oder andere Partei im Weltkriege einzusetzen. Er ist neutral nicht bloß der Form, sondern auch dem Willen nach, und Prantling ist kein Dalmatiner seiner Gesinnung.

Die eigentliche Regierungspresse hält sich in Schweden. Nur die sozialdemokratischen meist einen Versuch, die nichtneutralen Sätze aus Prantlings Reden etwas abzumildern.

Dr. A. A. Kramert sagt: Die wir von jüdischer Seite erfahren, mißbilligt auch die schwedische Regierung auf das schärfste die Äußerungen Prantlings und hat die Bedauern darüber dem britischen Gesandten in Stockholm zum Ausdruck gebracht.

## Der Kongress der englischen Arbeiterpartei.

Die Arbeit, die auf dem Kongress der englischen Arbeiterpartei gehalten und die Beschlüsse, die auf ihm gefaßt wurden — wir berichteten gestern darüber — sind für den deutschen Leser nicht ohne weiteres verständlich, zumal wenn er nur ihre äußerliche Bedeutung im Auge faßt. Die im Februar d. J. angenommene neue Organisation, von der der Vorsitzende W. D. W. sprach, war darauf bedacht, die Partei auf eine breitere Grundlage zu stellen und alle Strömungen der englischen Arbeiterbewegung vom Konföderation Trades Unionismus bis zur Unabhängigen Arbeiterpartei und zum radikalen internationalen Sozialismus in ein gemeinsames Netz zu lenken. Damit ist der Versuch zur Bildung einer Arbeiterpartei gemacht worden, die nicht mehr bloß als Schranke der liberalen Partei in Erscheinung tritt, sondern eine ganz selbständige Rolle spielt und für sich und die Welt, d. h. in England ohne weiteres um die Mehrheit im Parlament und damit um die parlamentarische Regierungsgewalt kämpft. In dieser Beziehung hat der Krieg Tendenzen, die schon früher vorhanden waren, und deren Fortschritt wir damals mit Freude begrüßt hätten, zur Beschleunigung gebracht.

Auch jetzt im Kriege können wir die Bedeutung dieser Entwicklung nicht übersehen. Mit 1 225 000 gegen 843 000 Stimmen hat der Kongress einen Antrag angenommen, der sich für die Erhöhung der Erzeugung durch Sozialisierung der gesamten Industrie ausdrückt. Die neue Organisation des Landes (so werden wenigstens die vorhergehenden unzulänglichen Berichte) habe nicht durch still- und bruchlose Übergabe zu erfolgen, sondern durch den legitimen Aufbau einer neuen sozialen Ordnung, die auf Zusammenführung von Erzeugung und Verteilung beruhe.

In der gleichen Richtung zur grundsätzlichen Verfestigung der Arbeiterbewegung liegt der bedeutende und vielbesprochene Beschluß, den politischen Bürgerfrieden aufzuheben, der, wie schon gemeldet, mit 1 704 000 gegen 801 000 Stimmen gefaßt wurde. Bei der Abstimmung über diesen

Antrag hat zweifelslos die Mehrheit der Arbeitermassen das Kriegskabinet Lloyd George, die Kriegsverantwortlichkeit der Massen eine nicht unbedeutende Rolle gespielt. Die gegen den holländischen Friedensapostel Troelstra verhängte Sperre kann dem Antrag nur neue Anhänger zugeführt haben. Denn wenn auch die ganze englische Arbeiterpartei durchaus nicht auf Troelstoffs Standpunkt steht, so wird doch die ganze Partei getroffen und herausgefordert, wenn einem von ihr geliebten Mann die Handlung auf dem einseitig gestifteten englischen Boden verboten wird.

Die Gründung des Bürgerfriedens ist keineswegs bloß eine theoretische Bringsinnverklärung. Sie bedeutet praktisch zunächst die Aufstellung selbständiger Arbeiterkandidaten bei allen Wahlen, über ihre weitere Bedeutung herrschen in der Partei selbst Meinungsverschiedenheiten.

Besonders gehören nicht weniger als acht Mitglieder der Arbeiterpartei der Regierung an, und ihr Auscheiden aus dem Kabinet müßte eigentlich als selbstverständliche Konsequenz des vom Kongress gefaßten Beschlusses erscheinen. Nach der Times sind diese „Regierungssolidaristen“ für sie in eine Beratung der nunmehr entfallenden Tage eingetreten. Sie betonen nach derselben Quelle den Beschluß als sehr ernst, sehen in ihm eine Kriegserklärung und befürchten von ihm eine Spaltung der Partei. Nach einer weiteren Nachricht sollen die Arbeiterminister bedürftig haben, nicht zurückzutreten, sie stützen sich dabei auf die von Genossen abgegebene Erklärung, daß die Arbeiterpartei das Auscheiden ihrer Minister nicht wünsche. Der Kongress selbst hat seinen Beschluß in dieser Richtung nicht weiter interpretiert.

Über den regierungseigenen Charakter des Beschlusses selbst ist nachweislich noch der Rede des Präsidenten des Vergewaltigtenverbandes S. Millie kein Zweifel.

Bei der Abstimmung über den Bürgerfrieden zweifelslos der Kriegseigenen Stimmung der Arbeitermassen Rechnung



bezugung in Preußen liegt, daß die Zahl der künftigen Spottsteuern...

Jur. Aufhebung des § 152.

§ 152 der Gewerbeordnung bestimmt in Absatz 1, daß die...

Die große Mehrzahl der Parteipresse, besonders Hamburger...

Oesterreich-Ungarn.

Einführung des Reichsrats.

In einem Schreiben an den Ministerpräsidenten v. Seidler...

Radioklausur noch nicht abgehoben, wie bei der Aufstellungs...

Halle'sche Kriegsverluste.

- Preussische Verluste Nr. 1161: Carl, Waz, Gefr. 3. 6. gefallen...

Peter Rosegger.

Als Hülfsname vertrat die „Waldweiserin“ in der mächtigen...

Deutscher Heeresbericht vom 30. Juni.

Die Kampfverhältnisse nördlich der Eys und südlich der Nisse...

Preussische Verluste Nr. 1164: Witz, Weinhold, Gefr. 21. 8....

Preussische Verluste Nr. 1165: Rein, Friedrich, Witz, 18. 7....

Preussische Verluste Nr. 1168: Brunner, Paul, 29. 9. schwer...

Kaiserliche Marine (Verlustliste Nr. 149): Hoffmann, Kurt, Gefr....

Aus aller Welt.

Lobenswürdig. Frankfurt a. M. 28. Juni. Der Tagelöhner...

ordnungsrechtes Heide und der Lebensmittellern...

Vermischtes.

Händehygiene mit Gips. Die Desinfektion der Hände ist be...

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Kornpreise. Von Dienstag an auf Marke 198 des Waren...

Der Welt und möchte halt manchmal mit jemand über ihren...

Peter Rosegger über Krieg und Sozialdemokratie.

Im Roemerkel von „Wettmanns Monatshefte“ ist es...

Vom Ersten.

Peter Rosegger ist es im „Wettmanns Monatshefte“...





